



Falls Empfänger verzogen, mit neuer Anschrift zurück

[CDU Andernach | Bahnhofstraße 46 | 56626 Andernach](#)

Stadtverwaltung Andernach  
Herrn Oberbürgermeister Greiner  
Läufstraße 11  
56626 Andernach

5. Februar 2025

## Prüfung der objektiven Sicherheitslage und Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit in Andernach

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Greiner,

die innere Sicherheit ist ein zentrales Anliegen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Um ein Bild vom subjektiven Sicherheitsgefühl in Andernach zu erhalten, hat die CDU-Fraktion eine öffentliche Umfrage durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger insbesondere an bestimmten öffentlichen Orten und zu bestimmten Tageszeiten Sicherheitsdefizite empfinden. In Gesprächen mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern wurde deutlich, dass das Gefühl der Unsicherheit alle Altersgruppen betrifft – von Jugendlichen bis hin zu Seniorinnen und Senioren.

Auch die Folgen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche dürfen nicht unbeachtet bleiben. Die Pandemie hat zur Zerrüttung haltgebender Strukturen und sozialer Kontakte geführt, was sich negativ auf die Entwicklung vieler junger Menschen auswirkte. Laut einer Untersuchung der Universität Bonn zeigt sich nach Ende der Pandemie ein Anstieg der Jugendkriminalität. Besonders in urbanen Gebieten wie Andernach ist dieser Trend spürbar.

Das subjektive Sicherheitsgefühl vieler Andernacher Bürgerinnen und Bürger wird durch Berichte über auffällige Jugendgruppen verstärkt, die sich wiederholt an bestimmten Orten versammeln. Dies trägt zur Wahrnehmung eines unsicheren öffentlichen Raums bei.

Um effektive Maßnahmen zu ergreifen, ist es erforderlich, die objektive Sicherheitslage in Andernach zu ermitteln und transparent darzulegen. Daher fordern wir die Stadtverwaltung auf, ein Konzept zu erstellen, das auf einer Analyse der aktuellen Situation basiert. Dabei sind folgende drei Schritte notwendig:



## 1. Statistische Feststellung kriminalistischer Schwerpunkte:

Erhebung und Auswertung der Einsatzzahlen von Polizei und Ordnungsamt, einschließlich Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Drogendelikten sowie Beschwerden der Bevölkerung. Diese Daten sollen helfen, kriminalistische Brennpunkte in Andernach zu identifizieren und zu priorisieren. Neben der Identifikation der kriminalistischen Schwerpunkte sollen die Delikte in spezifische Kategorien unterteilt und hinsichtlich ihrer Entwicklung von Qualität und Quantität verglichen werden.

Der Betrachtungszeitraum sollte 2022 bis 2024 umfassen und auch örtliche sowie zeitliche Schwerpunkte der Vorfälle ermitteln. Dies ermöglicht gezielte Maßnahmen an den richtigen Orten und zu kritischen Zeiten.

Wir fordern, dass die Ergebnisse der Analyse dem Stadtrat zur Beratung vorgelegt werden, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Nur durch eine transparente Darstellung der Situation können fundierte Entscheidungen für weitere Maßnahmen getroffen werden. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist hierbei von zentraler Bedeutung, um eine valide Datenbasis zu schaffen.

## 2. Prüfung und Erstellung einer strategischen Personaleinsatzplanung:

Auf Basis der erhobenen Daten bitten wir die Verwaltung, die bestehenden Ressourcen der Stadtverwaltung zu prüfen und im Rahmen einer strategischen Personaleinsatzplanung zu optimieren. Im Fokus steht hierbei die enge Zusammenarbeit zwischen Ordnungsbehörde, Jugendamt (inklusive Streetworkern) und Polizei. Diese Kooperation ist entscheidend, um eine effektive Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Kriminalität umzusetzen. Dabei sollten folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Einbindung von Streetworkern und Jugendhilfemaßnahmen zur Prävention von gefährdeter Jugendlichen und auffällige Jugendgruppen.
- Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsbehörde zur Überwachung und Intervention an bekannten Brennpunkten.
- Gemeinsame Planung von Einsätzen und Maßnahmen, um Synergien zu schaffen und Ressourcen effizient einzusetzen.

Sollte sich jedoch im Verlauf dieser Analyse herausstellen, dass die bestehenden Kapazitäten nicht ausreichen, bitten wir die Verwaltung, dies anhand konkreter Zahlen und eines nachweisbaren Bedarfs zu begründen. In diesem Fall soll dargelegt werden, wie zusätzliche personelle Ressourcen – etwa durch den Ausbau des Ordnungsamtes oder externe Unterstützung – bereitgestellt werden können. Die Notwendigkeit zusätzlicher Kräfte ist jedoch nur dann in Betracht zu ziehen, wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft und die Zahlen den Bedarf klar belegen.



### 3. Temporärer Einsatz technischer Mittel zur Bildübertragung gemäß §30 POG RLP:

Wir regen an, an den ermittelten kriminalistischen Schwerpunkten den temporären Einsatz technischer Mittel zur Bildübertragung zu prüfen. Grundlage hierfür ist §30 des Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz (POG RLP), der die Voraussetzungen für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum regelt.

Laut §30 Abs. 1 POG RLP darf eine Videoüberwachung an öffentlichen Orten eingesetzt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort Straftaten begangen werden, oder wenn diese Orte für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besonders gefährdet sind. Die Überwachung dient dabei der Gefahrenabwehr sowie der Verhütung und Verfolgung von Straftaten.

Im Rahmen der Prüfung soll die Verwaltung daher:

- Evaluieren, ob die ermittelten Brennpunkte die rechtlichen Voraussetzungen gemäß §30 POG RLP erfüllen.
- Die Möglichkeit einer temporären Videoüberwachung, insbesondere durch mobile Kamerasäulen, die flexibel und kurzfristig auf akute Brennpunkte reagieren können.
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Verhältnismäßigkeit gemäß den rechtlichen Vorgaben darlegen, einschließlich der Beschränkung der Überwachung auf besonders gefährdete Bereiche sowie einer zeitlich begrenzten Speicherung und Nutzung von Daten.

Der temporäre Einsatz von Kameraüberwachung soll vor allem dazu dienen, kurzfristig auf Veränderungen an Brennpunkten zu reagieren, ohne dabei die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen aus den Augen zu verlieren.

Ziel der Maßnahmen:

Das übergeordnete Ziel der vorgeschlagenen Maßnahmen ist es, die Sicherheit in Andernach spürbar zu verbessern und eine nachhaltige Grundlage für ein friedliches und sicheres Miteinander zu schaffen. Hierbei stehen folgende Aspekte im Vordergrund:

- Abwehr von Gefahren für Personen und Eigentum

Die Maßnahmen sollen konkrete Gefahren frühzeitig erkennen und abwehren, sowohl präventiv als auch reaktiv.



- **Stärkung des Sicherheitsgefühls**

Neben der objektiven Sicherheit ist auch das subjektive Sicherheitsgefühl entscheidend. Durch sichtbare Präsenz von Ordnungskräften und gezielte Präventionsmaßnahmen soll das Vertrauen der Bevölkerung gestärkt werden.

- **Reduzierung des Konfliktpotentials**

Gezielte Ansprache von Konfliktgruppen und Deeskalation sollen helfen, Auseinandersetzungen zu verhindern und das Konfliktpotential zu senken.

- **Konsequentes Vorgehen gegen Störer**

Personen, die wiederholt die öffentliche Ordnung stören, sollen konsequent mit den rechtlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen werden.

- **Enge Zusammenarbeit der beteiligten Behörden**

Eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen der Ordnungsbehörde, dem Jugendamt, der Polizei und externen Partnern soll die Effizienz der Maßnahmen erhöhen. Ein regelmäßiger Austausch und gemeinsame Einsätze sollen Synergien schaffen und die Effizienz der Maßnahmen erhöhen.

- **Proaktive Öffentlichkeitsarbeit**

Um das Vertrauen der Bevölkerung in die ergriffenen Maßnahmen zu stärken, ist eine proaktive und transparente Öffentlichkeitsarbeit von großer Bedeutung. Die Bevölkerung soll regelmäßig über die geplanten und durchgeführten Maßnahmen informiert werden, um Akzeptanz und Vertrauen in die Sicherheitsstrategie zu stärken. Ziel ist es, die Maßnahmen als Gemeinschaftsprojekt zu etablieren, bei dem Verwaltung, Behörden und Bevölkerung gemeinsam an einer sicheren Stadt arbeiten.



Fazit:

Die CDU-Fraktion sieht es als eine zentrale Aufgabe an, die Sicherheit in unserer Stadt zu fördern. Die oben genannten Maßnahmen sollen sowohl die objektive Sicherheitslage verbessern als auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger stärken.

Wir bitten die Verwaltung, die Ergebnisse der Analysen sowie Vorschläge für konkrete Maßnahmen zeitnah dem Stadtrat vorzulegen.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement und freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Raphael Busenkell  
Fraktionsvorsitzender  
der CDU-Stadtratsfraktion